

Hans-Ulrich Wehler

Nationalsozialismus und Historiker

„Die Deutschen sind von Hitler befreit worden“, schreibt der Zeithistoriker Eberhard Jäckel, aber sie „werden ihn doch niemals loswerden“. Unbestreitbar sei vielmehr, „daß auch der tote Hitler immer mit den Deutschen sein wird, mit den überlebenden, mit den nachlebenden und sogar mit den noch ungeborenen ... als ewiges Denkmal des Menschenmöglichen“.

Diese klaren Worte treffen den Tatbestand, um den es hier gehen wird, präziser als die larmoyante Formel von jener „Vergangenheit, die nicht vergehen“ will. Zur Zeit treffen sie auch in einem ganz besonderen Maße auf die deutschen Historiker zu, die unlängst in eine neue Debatte über das Verhalten exponierter Vertreter der eigenen Zunft in der Zeit des Nationalsozialismus und danach eingetreten sind. In ihrem Mittelpunkt steht das Engagement von Historikern zugunsten der nationalsozialistischen Ideenwelt und Politik – von Gelehrten, die nach 1945 eine außerordentlich prominente Rolle gespielt haben. An erster Stelle geht es hier um Theodor Schieder, Werner Conze und Karl Dietrich Erdmann, um Otto Brunner, Hermann Heimpel und Hermann Aubin, offenbar aber auch noch um eine Vielzahl von Landeshistorikern, Mediävisten und Experten der politischen Neuzeit.

Diese Diskussion hat soeben an Schwungkraft gewonnen, nachdem sie auf dem Deutschen Historikertag im September erstmals auch eine breitere Öffentlichkeit erreicht hat. Sie wird wegen der zahlreichen neuen Forschungsmöglichkeiten und wegen unserer allgemeinen Vergangenheitsdiskussion sobald ihr Ende nicht finden. Vorerst dreht sie sich um drei Streitpunkte.

Im Vordergrund steht die bisher weithin unbekannte, von ihnen selber angestrengt verhüllte „braune“ Vergangenheit dieser Historiker. Überwiegend aus ungedruckten Denkschriften und Eingaben, aus Behördenakten und Briefen, manchmal freilich durchaus auch aus gedruckten Texten, die bisher noch gar nicht oder doch nur zu selten kritisch zur Kenntnis genommen worden sind, wird eine neue Geschichte davon geschrieben, wieweit sich damals junge Historiker auf den Nationalsozialismus eingelassen haben und wie sie mit ihrem „committment“ nach der Zäsur von 1945 umgegangen sind.

Zum zweiten steht die Einstellung von einigen ihrer „Schüler“ zu dieser Vorgeschichte zur Debatte, hätten sie doch, heißt es, über diese Vergangenheit ihrer „Väter“ wissentlich geschwiegen, bestenfalls aus fehlen-

dem Interesse, eher wohl aus geschmeidiger Verdrängungsbereitschaft oder gar aus schnöden Karrieremotiven, da sie sonst mächtige „Säulenheilige“ (Aly) ins Fadenkreuz ihrer Kritik hätten nehmen müssen.

Und drittens wird, da einige dieser „Schüler“ an der Entwicklung der westdeutschen Sozialgeschichte beteiligt waren und sind, um deren Herkunft aus der sog. „Volksgeschichte“ vor 1945 gestritten. Da diese Vätergeneration auf die nationalsozialistische „Volksgeschichte“ gesetzt und diese wegen der nach 1945 politisch opportunen Sprachkosmetik flugs auf „Sozialgeschichte“ umgetauft habe, stammten die aus ihrem Umfeld hervorgegangenen Sozialhistoriker der 60er und 70er Jahre im Grunde aus „brauner“ Wurzel. Diese Behauptung bietet manchen Anlaß zu Attacken. Da sie sich im allgemeinen durch eine verblüffende Unkenntnis der wissenschaftsgeschichtlichen und politischen Grundlagen dieser neueren Sozialgeschichte auszeichnen, könnte hier manches schnell zurechtgerückt werden. Ich möchte aber die Kunst der Selbstverteidigung anderswo praktizieren.

Ungleich wichtiger ist dagegen der allgemeine Zusammenhang mit unseren Gedächtnis- und Erinnerungsproblemen. Seit rund zwanzig Jahren gewinnt die Diskussion über die Bedeutung des Holocaust zusehends an Intensität. Der Goldhagen-Disput ist nur ein Symptom dafür. Die Debatte über ein Berliner Holocaust-Denkmal hält weiter an. Das dumpfe Ressentiment, das sich in Walsers – als Friedenspreisrede etikettierter – Kriegserklärung gegen eine selbstkritisch durchgehaltene Vergegenwärtigung unserer jüngeren Vergangenheit äußert („Moralkeule“, „Meinungssoldaten“, „Monumentalisierung der Schande“), hat eine neue Kontroverse ausgelöst, die uns noch weiter begleiten wird. Immer geht es dabei um die Frage: Wie gehen die Deutschen mit ihrem Vernichtungskrieg und Massenmord vor 1945 um? Wie begegnen sie dieser Aufgabe in dem halben Jahrhundert seither? Wie können sie die Erinnerung daran weiter glaubwürdig wachhalten?

Es kommt nicht häufig vor, daß Völker sich ihren eigenen Verbrechen stellen. Im internationalen Vergleich kann sich da die Bundesrepublik, auf's Ganze gesehen, durchaus sehen lassen. Niemand konnte glauben, daß aus einem Volk von Millionen Tätern und Abermillionen von Mitläufern 1945 über Nacht eine Versammlung geläuterter Demokraten werden würde. Daß aber nur ein schmerzhafter, mühseliger, angestrenzter Lernprozeß zur Einsicht in die eigene Vergangenheit und ihre Dimensionen des Massenmords, damit aber auch zu einer standfesten selbstkritischen Erinnerung führen könne – darauf konnte, ja mußte man hoffen. Darauf beruhte auch der emphatische Aufklärungsimpetus der Geschichtswissenschaft, besonders der Zeitgeschichte, die auf dieser kritischen Überprüfung der eigenen Vergangenheit, auf dieser Selbsterforschung weithin

erfolgreich insistiert hat. Insgesamt, scheint mir im Rückblick, hat dieser Lernprozeß viel bewirkt – nicht nur die innere Bejahung und die Stabilität der zweiten deutschen Republik, sondern auch ein selbstkritisches historisches Bewußtsein, das ständig wachgehalten werden muß, um etwa jene offenen Diskussionen zu bestehen, die wir jetzt führen und die unvermeidbar weiter auf uns zukommen.

An zwei Wissenschaftlern möchte ich, in mancher Hinsicht paradigmatisch, das schwierige Verhältnis von „brauner“ Vergangenheit und neuem Lebensabschnitt nach 1945, von ideologischer Verblendung und Lernbereitschaft erörtern. Zusätzliche Brisanz entsteht dadurch, daß es sich um Historiker handelt, die vor 1945 eine „kämpferische, politische Wissenschaft“ öffentlichkeitswirksam betreiben wollten, seither aber an exponierter Stelle und wiederum öffentlich auf das historische Bewußtsein in der Bundesrepublik eingewirkt haben.

Worum geht es also konkret bei dem ersten Streitpunkt, der zur Zeit die zunfinterne und allgemeine Aufmerksamkeit zu Recht auf sich zieht? Vorwiegend stehen Historiker aus der politischen Generation der zwischen 1900 und 1910 Geborenen zur Debatte, folglich ihr Denken und Verhalten in der Zeit zwischen 1930 und 1945 – und jahrzehntelang danach. Allmählich wird das ganze Ausmaß der engen Kooperation, der bereitwilligen Zusammenarbeit, zumindest der widerstandslosen Mitwirkung an anrühigen Vorhaben rekonstruiert. Aus einer bisher undurchdringlichen Vergangenheit treten jetzt, da seit dem Umbruch von 1989 immer mehr wichtige Archivbestände zugänglich werden, die Konturen eines NS-freundlichen Engagements zunehmend klarer hervor, das man wegen der aktiven Teilnahmebereitschaft und Überzeugungsidentität nicht länger mehr mit dem leicht apologetisch wirkenden Begriff der „Verstrickung“, die einem eine fremde Gewalt, ein „zufälliges Schicksal“ von außen aufnötigt, charakterisieren sollte.

Es geht hier um einige später prominente Historiker, deren Aufstieg damals begann. Sie traten, wie das auch und gerade für Brunner, Conze, Schieder und andere zutrifft, ihrem politischen und wissenschaftlichen Selbstverständnis nach für eine neue Strömung in der deutschen Geschichtswissenschaft ein: für die „Volksgeschichte“.

Woher kam sie? Was wollte sie? Das müssen wir zuerst verstehen.

Ihren entscheidenden Ausgangspunkt bildete die traumatisierende Erfahrung der Weltkriegsniederlage 1918. Staaten zerfielen (wie Österreich-Ungarn) oder sie wurden in eine neue, ungeliebte Verfassungsform überführt (wie das Deutsche Kaiserreich). Der Staat aber war für mehrere Historikergenerationen der Garant von Kontinuität im geschichtlichen Wandel gewesen. Was konnte jetzt, angesichts einer fatalen Krise, weiterhin Kontinuität verbürgen? Das war das „deutsche Volk“, in gleich wel-

cher staatlichen Form. Diese Überzeugung knüpfte fugenlos an ältere Volks- und Volkstumsvorstellungen seit der Politischen Romantik an. Während der Weimarer Republik wurden diese Impulse verstärkt durch die Ablehnung des neuen Staates, ja der gesamten Nachkriegskonstellation, durch die Fixierung auf den machtpolitischen Wiederaufstieg der „deutschen Nation“. Zugleich drangen in der jüngeren Generation die Volkstumsvorstellungen, die völkischen Ideen, der Glaube an die Zukunft verbürgende Substanz des „deutschen Volkes“ vor. Diese mystifizierte Größe wurde weit verstanden: als Bevölkerung des „Deutschen Reiches“, aber auch als das „österreichische Deutschtum“ und die Diaspora des gesamten Grenz- und Auslandsdeutschtums. Dabei wurden die „Volksdeutschen“ in ihren Siedlungsgebieten zwischen Baltikum und Banat mit ihrer angeblich authentischen „deutschen Lebensart“, fern vom „zersetzenden“ Einfluß der westlichen Moderne, geradezu als Kern eines künftigen „reinen Deutschtums“ idealisiert.

Wissenschaftlich verkörperte dieses „Volk“ aber weithin eine Terra incognita. Wenn Historiker sich nun mit Soziologen, Demographen, Linguisten, Geographen, mit möglichst allen Nachbarwissenschaften zusammensetzten, konnten sie hoffen, die Komplexität der „Volksgeschichte“ endlich genauer als zuvor zu erschließen. Das leidenschaftliche Engagement für die historische Mission des „deutschen Volkes“ auf einem Tiefpunkt seiner historischen Existenz im Verein mit wissenschaftlich progressiver Interdisziplinarität – diese Fusion verhiess sowohl die intellektuelle und emotionale Befriedigung, die eine gegenwartsorientierte Geschichte als „politische Wissenschaft“ – wie es jetzt kämpferisch hieß – gewährte, als auch die Aussicht auf einen hohen Ertrag der wissenschaftlichen Forschungsergebnisse.

Eine wichtige Rolle spielte dabei, wie oft bei einer solchen Schulbildung, die Ausstrahlung starker, politisch und sozialtheoretisch aber dogmatisch festgelegter Lehrerpersönlichkeiten. Da waren vor allem der Demograph und „Volkslehre“-Apostel Gunther Ipsen in Königsberg, der als einer der Wortführer der „Konservativen Revolution“ profilierte Leipziger Soziologe Hans Freyer, der zur Volkstumsgeschichte und -politik aufrufende Historiker Hans Rothfels an der „Grenzland“-Universität Königsberg – das Idol junger Historiker wie Schieder und Conze. Der Einfluß, den diese Hochschullehrer dank ihrer politischen Leidenschaft, ihrer intellektuellen Brillanz, ihres innovatorischen Anspruchs gewissermaßen als Minicharismatiker auf diese Generation ausgeübt haben, als sie sie auf einen schrecklichen Irrweg führten, muß offenbar als hoch veranschlagt werden.

Die „Volksgeschichte“ zog daher, von mächtigen Motiven und von einflußreichen Wissenschaftlern vorangetrieben, zusehends junge Histori-

ker an, zumal wenn sie aus dem protestantischen Bildungsbürgertum stammten, wissenschaftliches Leistungsdenken früh verinnerlicht hatten, zu Hause und in den bündischen Jugendverbänden aber auch jungkonservative, völkische Ideen, großdeutsche Hoffnungen und Ziele des aggressiven „Neuen Nationalismus“ aufgesogen hatten, wie das etwa auf Conze und Schieder zutrifft.

Man vergegenwärtige sich ihre Optionen zu Beginn des Studiums oder der Dissertation: Sie konnten bei der erdrückenden Mehrheit der Geschichtswissenschaftler eine öde Diplomatiegeschichte kennenlernen. Bei Friedrich Meinecke konnten sie dagegen eine vergleichsweise raffinierte Ideengeschichte betreiben. Oder aber sie konnten auf die neue Karte der „Volksgeschichte“ setzen. Von ihr ist offenbar seit den späten 20er Jahren eine große Faszination ausgegangen, da sie die Bevölkerungs-, Sozial-, Wirtschafts-, Sprach-, Siedlungs- und Verfassungsgeschichte auf einem neuartigen interdisziplinären Niveau mit hochaktuellen politischen Aufgaben zu kombinieren versprach. Nicht nur der komplizierte Forschungsgegenstand, sondern auch die Zusammenarbeit mit den Nachbarwissenschaften zwang zur Schärfung der theoretischen Interessen. Kurzum: Die jungen „Volkshistoriker“ traten selbstbewußt, ja siegessicher zum Kampf gegen die „Interpretationsmonopole des Mandarinentums“ an.

Schieder und Conze gehörten mit manchen Altersgenossen zu den frisch gewonnenen Adepten. Ob die kurzlebige Praxis der „Volksgeschichte“ so innovativ war, wie ihre Protagonisten glaubten und wie auch einige Ergebnisse heute noch wirken, ist zur Zeit sehr umstritten. Nur der sorgfältige Vergleich mit dem Leistungsstand der etablierten Disziplinen kann die Entscheidung bringen. Die moralisierende Etikettierung, daß die „Volksgeschichte“ im Grunde nur „inhumane Ziele“ verfolgt habe und deshalb in den Orkus gehöre, schneidet diese vergleichende Analyse ab. Allgemein gilt jedoch: Theoretisch-methodische Progressivität muß keineswegs mit politischer Avantgarde gekoppelt sein. Das beweisen die bahnbrechenden Arbeiten des erzroyalistischen Verfassungshistorikers Otto Hintze oder die bis heute stimulierenden herrschaftssoziologischen Überlegungen Max Webers aus der Zeit seines alldeutschen Radikalnationalismus.

Das fatale Dilemma der „Volksgeschichte“ liegt für uns unabweisbar auf der Hand. Seit 1933 wurde der ältere – anfangs nicht notwendig rassistische, eher sozialromantische – Volkstumsbegriff durch die verhängnisvolle völkisch-rassistische Chimäre des „Volkes“ verdrängt. Historische Konflikte wurden zum Kampf um die „Reinhaltung deutscher Art“, als Verteidigung des „deutschen Volksbodens“ stilisiert. Und gleitend, bei einigen auch durchaus tatkräftig, ergab sich der Übergang zur Unterstützung der nationalsozialistischen Volkstumspolitik, selbst in der

Gestalt der Umsiedlung und Vertreibung der „fremdnationalen“ Kontrahenten.

Zum „Schreibtischtäter“ wurde man da im Nu, denn man wirkte durch die Sprache aus dem „Wörterbuch des Unmenschen“ und damit durch ein regimekonformes Denken an dem Absenken der zivilisatorischen Hemmschwellen, an der pseudowissenschaftlichen Legitimierung der inhumanen Politikpraxis des Regimes mit. Wer sich einmal überzeugt auf Volkstumspolitik und völkische „Volksgeschichte“ eingelassen hatte, konnte offenbar der rassistischen Aufladung der „Volksgeschichte“ und ihrer Indienstnahme durch die Diktatur keinen glaubwürdigen Widerstand entgegenzusetzen – und wollte es im allgemeinen auch gar nicht. Die Überlappung der „volksgeschichtlichen“ Ziele mit nationalsozialistischen Intentionen wuchs sich schnell zu einer breiten Konsenszone aus.

Hier verdient es ein wichtiger Gesichtspunkt betont zu werden. Man sollte nicht von einem harten ideologischen Kern des Nationalsozialismus ausgehen und dann die mehr oder minder große Affinität, etwa der Professoren, zu diesem Kern herausarbeiten. Realitätsnäher ist es vielmehr, von einem System sich überlappender Kreise auszugehen, wobei dann die gemeinsamen Schnittflächen zwischen den nationalsozialistischen Ideen und den Auffassungen der Mehrheit der deutschen Universitätshistoriker (zum Beispiel: Revision des „Versailler Systems“, Wiederaufrüstung, europäische Hegemonialpolitik, deutsche Kulturmission im Osten, Reichsmythos, Großdeutschland) für eine partielle Interessen- und Zielidentität sorgten, ohne daß sie notwendig auch Parteigenossen wurden und mit gleichmäßiger Verve für alle nationalsozialistischen Zielvorstellungen eintraten.

An dieser Stelle muß jetzt der Frage nachgegangen werden, wohin das Engagement für die „Volksgeschichte“ und eine von ihr inspirierte Politikberatung tatsächlich geführt haben. Ich beginne mit Theodor Schieder – in den 25 Jahren vor seinem Tod (1984) die einflußreichste Persönlichkeit in der westdeutschen Geschichtswissenschaft. Ich tue das auch aus einem persönlichen Grund, den zu verschweigen unredlich wäre, denn ich habe nach einer ersten Amerikazeit wegen Schieder das Studium in Köln fortgesetzt und bin seinetwegen dort geblieben. Schieder ist uns dort über die Jahrzehnte hinweg als ein intellektuell überlegener, außerordentlich vielseitiger und theoriebewußter, im persönlichen Umgang mit jüngeren auffällig liberaler Historiker begegnet.

An diesen Kölner Jahren ist nichts zu bereuen. Über eins aber schwieg Schieder, trotz vielfachen Drängens bei mancher informellen Gelegenheit, buchstäblich eisern: zu jeder Frage nach den 30er und 40er Jahren, insbesondere zur „Königsberger Zeit“ von 1934 bis 1944. Keinen einzigen Satz ließ er sich dazu entlocken. Das regte zwar zu vagen Vermutun-

gen darüber an, warum das auferlegte Schweigegebot so konsequent beachtet wurde. Konkretisieren aber konnten wir sie nicht, geschweige denn einen begründeten Verdacht entwickeln, und wir empfanden dann wohl auch wegen des vorherrschenden Gesamteindrucks der Persönlichkeit die Klärung gegen einen derartig hartnäckigen Widerstand als nicht so dringend.

Umso schmerzhafter hat es mich getroffen, daß ich nun meine eigene Erfahrung und das Verhalten des „jungen“ Schieder – gegen Kriegsende war er 36 Jahre alt – im Lichte der jüngsten Funde in ein neues Verhältnis setzen muß. Das gilt jetzt freilich allgemein für das historisch neu abzuwägende Urteil über ihn und seine Berufsgenossen.

Schieder (Jahrgang 1908) hatte 1933 in München bei Karl Alexander von Müller mit einer Studie über die kleindeutsche Nationalbewegung in Bayern vor 1871 promoviert, ehe er im Februar 1934 mit dem festen Ziel nach Königsberg ging, dort bei Hans Rothfels, der auch ihn seit Jahren faszinierte, seine Habilitationsarbeit zu schreiben. Da Rothfels wegen seiner jüdischen Herkunft seine Professur verlor, scheiterte dieser Plan. Dank eines Stipendiums konnte Schieder jedoch sogleich mit seinem Projekt (Die Bildung eines preußischen Bewußtseins in Westpreußen von 1466 bis 1772) beginnen und es seit dem April 1935 als Leiter der ostpreußischen „Landesstelle für Nachkriegsgeschichte“, einer von dem befreundeten Theodor Oberländer vermittelten Position, fortsetzen.

Als Sprecher der bündischen „Deutsch-Akademischen Gildenschaft“ hatte der 22jährige Student 1930 den „massendemokratischen“ Charakter des Nationalsozialismus ganz so abgelehnt wie dessen Ideal eines „omnipotenten“ Staates, da beides dem bündischen Prinzip autonomer Selbstverwaltung widerspreche. Darin äußerte sich ein typisch bildungsbürgerlich-elitärer Vorbehalt gegenüber den braunen Plebejern, deren volkstumspolitische und großdeutsche Ziele jedoch von den Bündischen, auch in der „Gilde“, weithin geteilt wurden.

Wie sehr sich die anfängliche Distanz verringert hatte, zeigte fünf Jahre später Schieders Programm für die Arbeit seiner „Landesstelle“. Das Forschungsinstitut sei dem „Arbeitsprinzip der kämpfenden Wissenschaft“, wie es der Nationalsozialismus verfechte, verpflichtet, mithin durch und durch „politisch“ ausgerichtet, und sein Wahrheitskriterium sei die „Wahrheit des eigenen Schicksals“; im Rahmen der „Volksgeschichte“ gelte es, den „Volkstumskampf“ herauszuarbeiten.

Im Herbst 1939 lag die Habilitationsschrift vor, 1940 als Buch: „Deutscher Geist und ständische Freiheit“ in Westpreußen von 1569 bis 1793 (Königsberg 1940). Im allgemeinen präsentierte es, überwiegend ideen- und verfassungsgeschichtlich angelegt, „sachliche Detailforschung“ zur ständischen Politik des deutschen patrizischen Stadtbürgertums. Beurteilt

man die Studie in einer ideologiekritischen Perspektive, war sie auf der Linie von Rothfels' volkstumpolitisch inspirierter Geschichtsschreibung als eine historisch fundierte Verteidigung des deutschen Anspruchs auf das 1918/19 an Polen abgetretene Westpreußen konzipiert – wie das Schieder selber im Vorwort eröffnete.

Gegen die vorherrschende Tendenz in der deutschen Geschichtswissenschaft, das anachronistische Ständewesen zugunsten des absolutistisch-bürokratischen Zentralstaats abzuwerten, wertete Schieder die Stände entschieden auf. Warum? Das erläuterte er genauer erst 1943 in einem Aufsatz über „Landständische Verfassung, Volkstumspolitik und Volksbewußtsein“, wo er offener (oder aus Überzeugung inzwischen dezidierter?) als zuvor die frühneuzeitliche Ständepolitik in Westpreußen, Siebenbürgen und Livland deshalb so überaus positiv beurteilte, weil sie im Dienst der „Verteidigung des völkischen Selbstverwaltungsanspruchs“ gegen „fremdnationale Bestrebungen“ gestanden und daher eine „volkstumerhaltende Funktion“ gegen den Druck der „Verpolung“ oder die angedrohte „völlige völkische Vernichtung“ durch Russifizierung und Madjarisierung besessen habe. So gesehen kämpften die deutschen Stände für die „Reinheit des Blutes“, da ihnen die „Vermischung“ als „größtes völkisches Unheil“ erschien, mithin für die „völkische Arterhaltung“ und gegen die „völkische Zermürbung“. Denn angeblich war in diesen Ständen das „Gefühl für die natürlich-bluthaften ... Lebensgesetze der Reinerhaltung von Rasse und Blut“ besonders lebendig. So deutete Schieder den Kampf um traditionale ständische Sonderrechte in einen geradezu zukunftsorientierten, explizit auf das nationalsozialistische „Volksgruppenrecht“ verweisenden Kampf um.

Warum bloß hat Werner Conze noch 1984 in seinem Nachruf auf den Freund ausgerechnet diesen Aufsatz als eine „meisterhafte Studie“ loben können, als einen „vorwärtsweisenden Versuch, zu einer vergleichenden Verfassungstypologie vorzudringen“? Und warum hat Schieder selber sich nach vier Kriegsjahren bewogen gefühlt, dort ein schmales Büchlein von Rothfels über das Baltikum als Beleg anzuführen (S. 279, Anm. 28)? Ein wenig trotzig vielleicht, um an den inzwischen vertriebenen, verehrten Mentor ungeachtet seiner jüdischen Herkunft zu erinnern? Aber doch zugleich anpassungsbereit, da hinter Rothfels' Namen – eine bittere Irritation – der neuen Zitierordnung gemäß das „j.A.“, d.h. Autor jüdischer Abstammung, nicht fehlte, obwohl es sich doch um einen bewundernswürdigen Lehrer handelte, dessen Abschied von seinem engeren Studentenkreis nach der Stigmatisierung (1934) Schieder rund dreißig Jahre später als das „bewegendste“ Erlebnis seiner jungen Jahre empfand?

Man könnte sagen, daß sich trotz intensiver Suche auf den vielen hundert Seiten der Veröffentlichungen Schieders in den zehn Jahren zwischen

1934 und 1944 bisher doch nicht mehr als diese Stellen haben finden lassen. Kann aber der dann unvermeidbare Begriff des Mitläufers zur Charakterisierung genügen? Oder geht es nicht doch um das Denken und Schreiben in jener Konsenszone, in der sich die völkische „Volks-geschichte“ mit nationalsozialistischen Ideen, ja Handlungsimperativen in einer osmotischen Beziehung zusehends verband?

Dafür spricht auch die Art der Politikberatung, zu der Schieder durch die Maxime der „kämpfenden Wissenschaft“ geführt wurde. Unmittelbar nach dem Ende des „Polenfeldzugs“, am 28. September, trafen sich einige Historiker in Breslau. Alle stammten aus dem Umfeld der „Volks-geschichte“: Hermann Aubin, Walther Kuhn, Theodor Schieder u.a., um mit ihrer fachwissenschaftlichen Kompetenz die Siedlungsplanung der künftigen deutschen Polenpolitik in vorausweisendem Gehorsam zu beeinflussen. Schieder übernahm die Aufgabe, die Protokollnotizen zu einer Denkschrift auszuarbeiten, deren Entwurf bereits am 7. Oktober handschriftlich vorlag. Wo Schieder die Meinung anderer Teilnehmer wiedergab, läßt sich nicht mehr feststellen. Man muß vielmehr davon ausgehen, daß er selber das dachte und schrieb, was sich in seinem Entwurf findet. Dem Initiator des Treffens galt er jedenfalls als „der eigentliche Bearbeiter“.

Schieder ging es hier zuerst um die „Wiedergutmachung von offenkundigem politischem Unrecht“, der „brutalen Entdeutschungspolitik der Polen, die zu einer beispiellosen Vernichtung des deutschen Volkstums“, und „seines Lebensraums geführt“ habe. „Oberstes Gesetz einer Neuordnung“ sei jetzt „die Sicherung deutschen Volksbodens im Osten durch eine geschlossen siedelnde ... deutsche Bevölkerung“ und die „klare Abgrenzung“ von „polnischem Volkstum, die die Gefahren ... rassischer Vermischung vermeidet“. Wenn man eine neue Grenze östlich der Reichsgrenze von 1914 ziehen wolle, die diesen „geschlossenen deutschen Volksboden“ von polnischen Landschaften trenne, mache dieses Ziel „Bevölkerungsverschiebungen allergrößten Ausmaßes notwendig. Eine solche Entwicklung erfordert nicht ein Programm für wenige Jahre, sondern Pläne auf lange Sicht“. Zu den „Sofortmaßnahmen“ der nationaldeutschen Homogenisierungspolitik rechnete Schieder eine staatliche „Generalvollmacht“ zur „Enteignung“ und zur „Ausweisung aller ... zugewanderten Polen“ sowie zur „Wiedereindeutschung“ mithilfe der „Umsiedlung der deutschen Volksgruppen“ aus dem „gesamten osteuropäischen Raum“.

Wohin sei „der zu erwartende polnische Auswandererstrom zu lenken“, fragte der Autor. Möglichst in die „Überseewanderung“ anstatt in die „Abwanderung in den polnischen Reststaat“. Dorthin sei ein Transfer nur möglich, wenn gleichzeitig die „Herauslösung des Judentums aus den polnischen Städten“ gelinge, um der polnischen Landbevölkerung Frei-

raum zu verschaffen. „Die Entjudung Restpolens“, insistierte Schieder in der Denkschrift noch einmal, und der „Aufbau einer gesunden Volksordnung erfordern den Einsatz deutscher Mittel und Kräfte“.

Zwar wurde der Entwurf einigen Berliner Instanzen hastig zugeleitet, wo sie in der Aktenablage verstaubten. Die geplante Langfassung galt aber bereits wenige Tage später als nicht mehr „lohnend“, „weil die Lage der Dinge sich allzu sehr verändert“ habe. In der Tat waren soeben maßgebliche Kompetenzen Heinrich Himmler übertragen worden, der am 7. Oktober das Amt und die Behörde des „Reichskommissars für die Festigung Deutschen Volkstums“ (RKFDV) an sich gezogen hatte und auch mit dieser neuen Institution des SS-Imperiums die radikalste Variante nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik in Osteuropa zu realisieren begann. Seine Planer bedurften offenbar nicht mehr der Politikberatung durch aktivistische „Volkshistoriker“, deren beflissene Vorschläge, so kompromittierend Gemeinsamkeiten des Gedankenhaushalts auch waren, als generelle „Planungsmatrix“ (Roth) hätten dienen können.

Die Denkschrift vom Oktober 1939 ist offenbar kein Einzelfall. Auch in den folgenden Jahren hat Schieders „Landesstelle“ Gutachten erarbeitet, in denen insbesondere die Nationalitätenstatistik der „wiedergewonnenen“ oder annektierten Grenzgebiete mit dem Blick auf eine „ethnische Flurbereinigung“ präsentiert wurde. Es gibt Hinweise darauf, daß Schieder 1944 für eine Berufung auf den berühmten Berliner Lehrstuhl Rankes und Treitschkes ins Auge gefaßt worden ist. Mußte er für diese exponierte Stellung an der Universität der Reichshauptstadt nicht das Image der „Zuverlässigkeit“ besitzen? Im Dezember 1944 gelang es ihm mit seiner Familie, kurz vor dem Untergang Königsbergs ins heimatische bayrische Schwaben auszureisen. 1947 übernahm er, nach seiner Entnazifizierung und nach der Absage Hans Rosenbergs, den Kölner Neuzeit-Lehrstuhl.

Auch Schieders Freund Werner Conze (Jahrgang 1910), ebenfalls protestantischer Bildungsbürgersohn und Mitglied der bündischen „Gilde“, war wegen Rothfels nach Königsberg gegangen. Bei ihm hat er mit 23 Jahren über „Hirschenhof“, eine „deutsche Sprachinsel in Livland“, promoviert, die Studie erschien sofort als Buch. Trotz der verschärften Attacken gegen den „Nichtarier“ Rothfels zögerte Conze doch nicht, sich im Vorwort ausdrücklich bei seinem „verehrten Lehrer“ zu bedanken, wie er sich auch zusammen mit Schieder und dem jungen Mediävisten Erich Maschke in einem Protestbrief entschieden dafür aussprach, Rothfels auf seiner Professur weiter wirken zu lassen. (Selbst Rudolf Heß, der „Stellvertreter des Führers“, stimmte zu, aber Gauleiter Koch setzte die Entlassung durch!) Gleichzeitig war er jedoch unter den Einfluß Gunther Ipsens geraten, der von seiner Königsberger Professur aus das rassereine bäuerliche „Landvolk“ idealisierte, sich mit rabiaten Worten gegen das

„Industriesystem“ und mit dem offenerhitzigen Rassismus des überzeugten Nationalsozialisten gegen die „Herrschaft des Judentums“ stemmte.

Zwar rühmte auch Conze die Leistung und Bodenverfassung der deutschen livländischen Bauern, doch achtete er gegenüber Ipsens starrer agrarsoziologischer Dogmatik auf eine gewisse Distanz. Als dessen Assistent seit 1935 behielt er aber seine agrar- und sozialgeschichtlichen Interessenschwerpunkte bei, nutzte seine Kompetenz als Slawist und schrieb zügig seine Habilitationsschrift über „Agrarverfassung und Bevölkerung in Litauen und Weißrußland“. Im Sommer 1939 reichte er diese empirische Studie in Wien ein, da Ipsen dorthin übergewechselt war und seinen Assistenten habilitieren wollte. Nicht zuletzt wegen der Opposition vor allem Otto Brunners, des Intimus der 50er und 60er Jahre, der damals aber das „Ausarten des soziologischen Nebengeleises“ rügte, passierte Conze erst im Dezember 1940 das zweite akademische Nadelöhr.

Bis dahin hatte er mehrfach zu verstehen gegeben, daß seine Vorstellung von „Volksgeschichte“ mit manchem ideologischen Ballast der Ipsenschen „Volkslehre“ kompatibel war. So bezeichnete er etwa 1938 Wilna als ein „Zentrum des Weltjudentums“; trotz dessen Schwächung sei „die Macht dieses Fremdkörpers“ „immer noch unerträglich genug“. Für den internationalen Soziologenkongreß in Bukarest, der wegen des Krieges ausfiel, steuerte Conze einen Beitrag über die „ländliche Übervölkerung Polens“ bei. Dort forderte er unverblümt die „Entjudung der Städte und Marktflecken“, um für den polnischen „bäuerlichen Nachwuchs“ Raum zu schaffen. Auf die menschlichen, sozialen und politischen Folgekosten dieser „Entjudung“, die ja nur als gewaltsame, staatlich dirigierte Deportation denkbar war, verwandte er kein Wort.

Zugegeben, der Begriff besaß in der politischen Semantik vor Auschwitz einen anderen Stellenwert, eine „quasi unschuldige Vokabel“ der demographischen Experten war er aber keineswegs. Denn weder in der deutschen noch in der osteuropäischen Diskussion, wo das Wort auch kursierte, konnte es von einem giftigen Antisemitismus abgelöst werden. Der unverhohlenen Diskriminierung der Juden entsprach folgerichtig auch bei Conze die euphorische Verklärung des „erbgesunden Bauerntums“ als „Blutquell des deutschen Volkes“. Geht es daher nicht auch bei ihm um eine Begriffs- und Interessenidentität, um eine Affinität von Handlungszielen in jener Überlappungszone von nationalsozialistischem Ideenkonglomerat und Gedankenwelt der „Volksgeschichte“?

Im Frühjahr 1943 wurde Conze, der während des gesamten Krieges zur Infanterie eingezogen war, eine Dozentur an der neuen „Reichsuniversität Posen“ mit einer Venia für „Agrar- und Siedlungsgeschichte sowie Geschichte der völkischen Sozialentwicklung“ übertragen; im März 1944 wurde er zum außerplanmäßigen Professor ernannt. In seiner Antrittsvor-

lesung griff er im Mai 1943 offenbar Ipsens These auf, daß die liberale „Bauernbefreiung“ in den deutschen Staaten für die „Übervölkerung“ und damit für die „Zersetzung“ des bäuerlichen „Landvolkes“, ja des „gesunden Volkskörpers“ verantwortlich sei; auf die wichtige Frage nach der Begriffskontinuität über 1945 hinaus ist gleich noch zurückzukommen.

Vorerst nur zwei kontrafaktische Fragen:

1. Was wäre gewesen, wenn das NS-Regime, aus welchen Gründen auch immer, ein Dutzend Jahre länger bestanden hätte? Von der Position der „Volksgeschichte“ aus wäre offenbar ein Rationalitätspotential für kritische Einwände nicht mobilisierbar gewesen, geschweige denn, daß ein auch nur halbwegs plausibler Widerstand gegen die Zwangsumsiedlung und Rassenpolitik, gegen Antisemitismus und Slawophobie möglich oder sogar nur denkbar war.

2. Und was wäre geschehen, wenn einer Entnazifizierungskommission eine sorgfältige Ausarbeitung über Schieders und Conzes politische Urteile und Ziele vor 1945 gemäß unserem gegenwärtigen Kenntnisstand vorgelegen hätte? Hätte da ein Berufsverbot wirklich verwundern können? Statt dessen wurde beiden, wie vielen aus ihrer Generation, eine zweite Chance eingeräumt.

Schieders und Conzes Schweigen nach 1945 lagen offenbar tiefer verankerte Motive zugrunde, konnten sie sich doch nach 1945 keinem Zweifel darüber hingeben, daß „Volksgeschichte“, „Entjudung“ und „Bevölkerungsverschiebung“ zum Absturz in die Barbarei beigetragen hatten. Angst werden sie, denke ich, gespürt haben, über ihre eigene Mitwirkung an jenen Denk- und Aktionsvoraussetzungen zu sprechen, die – wenn auch vermutlich nicht immer klar bewußt und mit allen Folgen gewollt – die Radikalisierung der nationalsozialistischen Politik doch mitemöglich hatten. Scham werden sie, denke ich, auch verspürt haben, wenn sie sich, schon von Berufs wegen, immer wieder ins Gedächtnis rufen mußten, wohin ihre einst hochgemut verfochtenen Ideen von deutscher „Volkstumspolitik“, von „ethnischer Homogenität“, von „Reinerhaltung deutscher Art und Rasse“ geführt hatten. Eine tiefe Hemmung wird sie deshalb wohl abgehalten haben, denke ich, ihren Studenten gegenüber eine ehrliche Auskunft über die Vergangenheit zu geben, zumal nach der gelungenen Entnazifizierung und unter der Konstellation des Kalten Krieges die latente Sorge, von „Linken“ decouvriert zu werden, in ihnen rumort haben wird.

In der Tat wäre es alles andere als leicht gewesen, Verständnis für ihre „Vorgeschichte“ aufzubringen. Und dennoch: Die genaue Schilderung des eigenen Lebens, Denkens und Schreibens während der braunen Jahre im Verein mit der spürbaren Bereitschaft, daraus selbstkritisch zu lernen, hätte eine größere Offenheit und Ehrlichkeit im Umgang mit der eigenen

Lebensgeschichte, mit den „Schülern“, mit der Öffentlichkeit ermöglicht. Auch wer dem kommunistischen Ritual der Selbstkritik skeptisch gegenübersteht, hätte doch dem Bekenntnis dieser protestantischen Bildungsbürger: „Hier stehe ich, ich konnte damals nicht anders“ seinen Respekt nicht ganz versagt. Und die selbstkritische Offenherzigkeit hätte ihnen auch eine andere innere Freiheit verschafft, nach 1945 erneut als Hochschullehrer vor jüngeren Generationen zu lehren und für sie zu schreiben.

Nun ist es eins, das praktizierte Schweigen zu kritisieren und für eine rückhaltlose Aufklärung einzutreten. Wichtiger noch aber ist die Frage, wie tiefgehend Historiker wie Schieder und Conze nach 1945 vor ihrer Aufstiegsphase umgelernt haben. Denn unbestreitbar folgte bei ihnen seither eine in vielfacher Hinsicht eindrucksvolle fast 40jährige Schaffensperiode, die durch eine ungewöhnlich erfolgreiche Wirksamkeit als Lehrer und Forscher, die imponierende wissenschaftliche Leistung des eigentlichen Lebenswerks, die Liberalität im Umgang mit sehr unterschiedlichen Jüngeren, die auffälligen Organisationserfolge, auch das politische Engagement beim Aufbau eines neuen deutschen Staates charakterisiert ist.

Beschränkte man sich nur auf die Zeit vor 1945, fiel das allgemeine moralische Urteil – und selbstverständlich können und sollen Historiker, zumal beim Nationalsozialismus, auch moralische Urteile explizit fällen – als ein klares Verdikt über intellektuelle Schreibtischtäter aus.

Das eigentliche Problem bei der Beurteilung dieser Wissenschaftler taucht aber erst dann auf, wenn es um die Bilanzierung ihres gesamten Lebens geht, dessen eindeutiger Schwerpunkt in den vier Nachkriegsjahrzehnten liegt. Wie setzt man die rund zwölf Jahre der „volksgeschichtlichen“ Vergangenheit samt ihren politischen Präferenzen in ein glaubwürdiges Verhältnis zum Lebenswerk und politischen Verhalten in einer viermal so langen Zeitspanne danach? Für manchen gegenwärtigen Kritiker steht das moralische Pauschalurteil offenbar fest: Einmal braun kontaminiert, für immer diskreditiert. Gibt es aber wirklich kein Gegengewicht zu jener großen Belastung, die aus den Jahren des „Dritten Reiches“ stammt? Wieviele Jahrzehnte muß man ein honoriges Leben führen, um diese Jahre zwar nicht wettzumachen, aber doch zu relativieren? Wieviele Millionen Bundesbürger standen diesen Fragen gegenüber?

Die Grundlage für ein positives Urteil hängt ganz und gar von der Antwort auf die Frage nach einer glaubwürdigen Lernbereitschaft und nach reflexivem Lernen – weit über die übliche Anpassung hinaus – in der Zeit nach der Zäsur von 1945 ab. Kein Kritiker hat bisher eine Kontinuität der politischen Auffassungen behauptet. Keiner dieser Männer hat dem Nationalsozialismus auf irgendeinem Gebiet nachgetrauert. Keiner ist ein Rechtsradikaler, ein offener oder geheimer Neonazi geworden. Das strategische Problem der Lebensbilanz liegt dort aber nicht. Denn für das

abwägende Urteil ist die Klärung der Frage wichtiger, ob so einflußreiche Historiker wie Schieder und Conze ihre Prämissen – in unserem Jargon: ihre erkenntnisleitenden Interessen –, ihre Schlüsselkategorien, ihre Denkfiguren, die Paradigmata ihrer Interpretation über den Einschnitt von 1945 hinaus beibehalten oder seither völlig aufgegeben haben.

Bisher ist diese für theoretisch interessierte Historiker eigentlich naheliegende Aufgabe der Begriffsüberprüfung präzise nur von dem israelischen Historiker Gadi Algazi am Beispiel von Otto Brunners bedeutendstem, auch international einflußreichsten Buch „Land und Herrschaft“ in einer brillanten Textexegese angegangen worden. Um es kurz zu machen: Für seine als wahre Pionierleistung der „Volksgeschichte“ geltende Untersuchung beanspruchte Brunner in schroffer Ablehnung der aufgestülpten modernen Begriffe des 19. Jahrhunderts die Realitätsadäquatheit seiner quellennahen Begriffssprache, mithin auch gesteigerte Glaubwürdigkeit für seine gesamte Interpretation der alteuropäischen Adelswelt. Dagegen weist Algazi die Herkunft von Schlüsselbegriffen aus der durch und durch zeitgebundenen Begriffssprache der braunen Jurisprudenz, vor allem Carl Schmitts und seiner Schule, überzeugend nach. Diesen durchaus zeitgeistmodischen Transfer von „Grundbegriffen“ hat Brunner in den Jahrzehnten nach 1945 nirgendwo eingestanden, geschweige denn zu korrigieren versucht. Insofern steht das weithin positive Urteil über Brunners Werk fortan der fundamentalen Herausforderung durch Algazis Sprachanalyse gegenüber.

Verfolgt man nun ein vergleichbares Ziel bei Conze, muß (an dieser Stelle notgedrungen extrem verkürzt) außer der Auswirkung von Rothfels' volkstumspolitischen Gedanken der frühzeitig, schon bei dem 22jährigen Studenten einsetzende Einfluß der „Volkslehre“ Ipsens als intensiv gelten. Die starke Persönlichkeit dieses Lehrers hat sich zusätzlich geltend gemacht. Conze ist nicht nur aus Karrieregründen, sondern auch aus Überzeugung bei ihm Assistent gewesen. Sein Interesse an der osteuropäischen Agrargeschichte und der Sozialgeschichte der ländlichen Gesellschaft ist in hohem Maße von Ipsen geprägt worden. Dem entsprach auch die Idealisierung der Lebenswelt deutscher Bauern einschließlich ihres Bodenrechts und die doktrinäre Ablehnung des vordringenden Agrarkapitalismus, erst recht des Industriekapitalismus. Deshalb ist es umso bemerkenswerter, daß Conze in seiner Dissertation und seiner Habilitationsschrift Ipsens „Landvolk“-Lehre, die vom völkischen Dogma und vom Rassismus dieses leidenschaftlichen Nationalsozialisten nicht zu trennen ist, keineswegs dogmatisch übertragen hat. Zugegeben, die Wahl der Themen, das positive Urteil über das deutsche Bodenrecht verweisen auf die Ausgangsposition zurück, aber sie hat nüchterne empirische Arbeit keineswegs ausgeschlossen.

Seine vorn erwähnten Äußerungen lassen freilich die Konturen einer festeren ideologischen Fixierung erkennen. Und als Conze 1943 die Probeerlesung für seine Posener Dozentur hielt, hat er die „Zersetzung“ des „gesunden Volkskörpers“ in einer scharf antiliberalen Interpretation angeklagt. Denn sie führten zu einem drastisch enthemmten „Gattungsvorgang“ (Ipsen) und infolgedessen zu einer von traditionellen Nahrungsstellen und -normen abgekoppelten, völlig ungesteuerten „Übevölkerung“ mit dem Ergebnis, daß ein riesiger eigentumsloser „Pöbel“ auf dem Lande heranwuchs – eine grandiose Fehlleistung des Liberalismus, dem damit die Fähigkeit zur Sozialgestaltung abgesprochen wurde. Auch in der sprachlich gereinigten Fassung von 1949 ist der belastende Begriff der „Volksordnung“ ganz so beibehalten worden wie manches andere irritierende Wort auch. Überhaupt finden sich am Anfang der 50er Jahre noch Anklänge an die ältere Gedankenwelt. In dem einflußreichen Aufsatz „Vom ‚Pöbel‘ zum ‚Proletariat‘“ (1954) findet man jedoch auch das Ergebnis einer energischen, anfangs vielleicht mühsamen Umorientierung, die sich spätestens seither durchgesetzt hat. Man wird sie als einen Lernprozeß kennzeichnen können, der bei Conze zu neuen Interessen und neuen Begriffen, zum neuen Paradigma der „industriellen Welt“ geführt hat. Jetzt gewann etwa das Interesse an der industriellen Arbeiterschaft und ihren Bewegungen die Oberhand, die ländliche Gesellschaft trat ganz zurück.

Conze, seit 1958 in Heidelberg tätig, warb in einem rasch wachsenden Studentenkreis für die Erforschung dieser Problematik, und wenige Jahre später betreute er auf diesem Gebiet mehr als 30 Dissertationsvorhaben. Darüber hinaus gewann die allgemeine deutsche Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts bei ihm einen festen Platz; gelegentlich hat er auch das ältere Interesse an Osteuropa noch weiterverfolgt. Zeitweilig engagierte er sich auch in der Forschung zur Weimarer Republik, wo ihn lebensgeschichtliche Erinnerungen zu einer unhaltbaren Verteidigung Brünings führten. Zunehmend absorbierte das große begriffshistorische Lexikon der „Geschichtlichen Grundbegriffe“, das er mit Otto Brunner und Reinhart Koselleck herausgab, seine Arbeitszeit. Vor allem aber setzte sich Conze für eine Sozialgeschichte unermüdlich ein, die nicht explizit theoriefundiert war, doch mit der Ipsenschen „Volkslehre“ nichts mehr gemein hatte. Den 1958 von ihm gegründete „Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte“ betrachtete er als seinen Zirkel, dem er viel von seiner Arbeitskraft widmete, auch und gerade nachdem die ursprüngliche Königsberger Runde (Conze, Schieder, Ipsen, Jantke, Maschke, Krüger) durch Jüngere ersetzt worden war. Überhaupt trug Conze in der Historikerzunft maßgeblich dazu bei, sozialgeschichtlichen Interessen Respektabilität und Freiräume zu verschaffen, sie auch institutionell zu stabilisie-

ren (z.B. am Anfang des Bielefelder Universitätsprojekts, ehe Koselleck seine Rolle in der Gründungskommission übernahm). Kurzum, in den gut 30 Jahren bis zu seinem Tod (1986) entstand ein eindrucksvolles Lebenswerk, das den ursprünglichen „Wertehimmel“ der Königsberger Jahre weit hinter sich gelassen hat.

Verfolgt man dieselbe Fragestellung im Hinblick auf Schieder, ergibt sich, daß er es nach 1945 verstanden hat, seine seit der Dissertation verfolgten Interessen an der deutschen Nationalbewegung und am deutschen Nationalstaat, aber auch die späteren, von Rothfels beeinflussten Interessen an deutschen „Volksgruppen“ in Osteuropa in eine vergleichende Nationalismusforschung zu transformieren, der jetzt, soweit ich zu sehen vermag, jeder „völkische“ Dünkel abging. Die Problemauswahl, die Typologie, die empirischen Studien, die Schieder selber in diesem Rahmen komparativer Forschung betrieben und auch bei seinen Studenten angeregt hat, verkörperten zeitweilig eine geradezu einsame Leistung, die damals von den anderen deutschen Nationalismuskennern nicht erreicht worden ist. Obwohl sie im Lichte der neuen Nationalismusforschung seit den frühen 1980er Jahren eigentümlich überholt wirkt, stellte sie vorher doch den fortgeschrittensten Stand der westdeutschen Diskussion dar.

Zum ändern zog Schieder aus den Exzessen des deutschen Radikalnationalismus unter dem NS-Regime die Konsequenz, die Fixierung auf Nationalgeschichte und Nationalstaat durch eine weite europäische Perspektive zu überwinden, zumindest entschieden zu relativieren. Zu einer streng komparativen Geschichte Europas ist er dabei noch nicht vorgedrungen. Sein „Handbuch der europäischen Geschichte“ bietet meist scheinbar addierte Nationalgeschichten. Doch seine umfangreichen eigenen Beiträge zu diesem Handbuch und der Propyläen-Band über Europa von 1848 bis 1918 demonstrieren, wie ernst er sein Postulat nahm und wie weit er in der Ausführung der Projekte selber gekommen ist.

Auf die Geschichte der politischen Ideen während der Frühen Neuzeit, das Thema seiner Habilitationsschrift, kam er dagegen nurmehr in allgemeiner Form in der Lehre zu sprechen. Nach der von Grund auf verfehlten völkischen Interpretation des deutschen Ständewesens in Osteuropa kehrte er zu dieser Thematik wohlweislich nicht mehr zurück. Wohl aber erweiterte er sein Interessenspektrum durch die viele Jahre währende Beschäftigung mit zwei Phänomenen, die vor 1945 häufig diskreditiert worden waren: mit dem deutschen und europäischen Liberalismus sowie mit den modernen politischen Parteien als den – jetzt auch demokratietheoretisch von ihm akzeptierten – wichtigsten Verbänden gesellschaftlicher Interessenartikulation.

Von den zahlreichen Aufsätzen sind die interessantesten und einflußreichsten Stücke seine theoretischen Beiträge. Denn längst vor der neuen Theoriediskussion der 70er Jahre bezog Schieder immer wieder zu theoretischen Problemen Stellung: zum Verhältnis von Struktur und Individuum, zur Rolle von Idealtypen, zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Soziologie. Im Kölner Lehrbetrieb, aber auch im persönlichen Gespräch insistierte Schieder immer wieder hartnäckig darauf, die Begriffe, Typen und erkenntnisleitenden Fragestellungen so weit wie nur eben möglich zu klären. Das war damals an den Historischen Seminaren in der Bundesrepublik ganz und gar ungewöhnlich, und man entdeckte über kurz oder lang, daß Schieder in mancher Hinsicht ein sehr engagierter Weberianer war.

Dabei mögen genuin erkenntnistheoretische Interessen zur Geltung gekommen sein. Rückblickend neige ich aber dazu, auch dieses Bemühen um eine theoretische und methodische Klärung der Kategorien und Paradigmata als einen durchaus politischen Lernprozeß zu deuten. Nachdem Schieder mit der Ideenwelt der „Volksgeschichte“ und „Volkstumspolitik“ einem fatalen „Holzweg“ gefolgt war, wirkt das in seiner Generation überaus seltene Theorieinteresse wie eine Reaktion auf eigene Fehlleistungen. Es sollte ihn, scheint mir, diese nicht nachlassende Anstrengung, sich über die eigenen Begriffe und erkenntnisleitenden Interessen samt den erkennbaren Konsequenzen so genau wie möglich Rechenschaft zu geben, sowohl vor einem neuen Irrweg schützen als auch die eigene Arbeit transparent machen und öffentlich legitimieren. So gesehen war es freilich ganz unweberianisch, über die eigenen Ideen und Werte vor 1945 so konsequent zu schweigen.

Insgesamt läuft mein Urteil über Schieder und Conze in den 40 Jahren nach 1945 darauf hinaus, ihnen sowohl Lernbereitschaft als auch Lernfähigkeit zuzusprechen. Werden dagegen die Lernprozesse dieser Jahre nicht angemessen anerkannt, läßt sich ein gerechtes Urteil kaum fällen. Gerechtigkeit – das ist ein komplexes Entscheidungskriterium, das Verstehen und Kritik verbinden muß. Es verlangt nicht nur ein abwägendes Urteil über die extrem unterschiedlichen Lebensphasen dieser Individuen. Vielmehr erfordert es auch, die Opfer der nationalsozialistischen Bevölkerungs- und Rassenpolitik einzubeziehen, da ihnen gegenüber weder die „Volksgeschichte“ noch die beflissene Politikberatung in den Stand einer artifiziiellen Unschuld versetzt werden können. Es verlangt auch, an jene rund 135 deutschen Historiker zu denken, die seit 1933 in die Emigration getrieben worden sind, häufig eine durchaus vergleichbare Sozialisation im protestantischen Bildungsbürgertum, in der bündischen Jugend, in der Nachkriegszeit erlebt hatten und dennoch andere Maßstäbe und Denkmöglichkeiten besaßen als die „Volkshistoriker“.

Versteht man Gerechtigkeit in diesem Sinn, wird das bilanzierende Urteil, welches das gesamte Berufsleben dieser Historiker ins Auge faßt, um ein schmerzhaftes Spagat nicht herumkommen. Es führt kein Weg daran vorbei, ihre politischen und wissenschaftspolitischen Optionen vor 1945 entschieden zu kritisieren. Und wir werden trotzdem dem eigentlichen Lebenswerk in den 40 Jahren danach, auch und gerade als ein Ergebnis durchgehaltener Lernprozesse, die ausschlaggebende Bedeutung für ein Gesamturteil zumessen können.

Wenn ein moralisch siegesicherer Purismus sich einer solchen Gewichtung wegen der monströsen Dimension des nationalsozialistischen Massenmords versagt, sieht er sich einem fatalen Dilemma gegenüber, da das Problem zerrissener Lebenswege und multipler Identitäten unverändert große Aktualität besitzt und nach einem abwägenden Urteil verlangt.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Wie sollen wir all jenen osteuropäischen und besonders ostdeutschen Geistes- und Sozialwissenschaftlern begegnen, die aus Überzeugung oder wegen des Verbots von Alternativen auf das intellektuelle Potential des Marxismus gesetzt haben, während die Satrapen der Sowjetunion und diese selber unter Berufung auf die Lehre von Marx mordeten, verfolgten, unterdrückten? Man wird doch nicht allen Ernstes mehreren politischen Generationen mit einem Pauschalvorwurf wegen ihres Marxismus jede Lernbereitschaft und Lernfähigkeit hochmütig absprechen können. Wer sich gegen die Zumutung eines Spagats zugunsten von Schieder, Conze und ihren Generationsgenossen sträubt, sollte sich zumindest Klarheit darüber verschaffen, wie er sich dazu stellen will.

Loyalität, daran halte ich fest, schulden wir den Toten, deren gute Jahrzehnte wir selber miterlebt haben. Diese Loyalität steht aber in einer nie völlig auflösbaren Spannung zur Loyalität gegenüber den Vertriebenen und Opfern von deutscher Hand. Wir können, scheint mir, aus dieser schmerzhaften Spannung nie ganz heraustreten. Aushalten können wir sie nur, wenn wir von einer glaubwürdigen Lernbereitschaft ausgehen dürfen – sei's bei jenen Toten, von denen ich gesprochen habe, oder sei's bei unseren Zeitgenossen heute mit einem vergleichbar zerrissenen Lebensweg.

Damit kehre ich noch einmal zu der Ausgangsüberlegung zurück, ob sich zwei Lebenswege in mancher Hinsicht als paradigmatisch für allgemeine Entwicklungen vom „Dritten Reich“ bis weit in die Bundesrepublik hinein betrachten lassen. Vor 1945: die Anfälligkeit auch dieser Historiker für völkische Ideen, für die Verheißung nationalen und machtpolitischen Wiederaufstiegs bis hin zu der Überschneidung ihrer Zielvorstellungen mit nationalsozialistischen Intentionen, auch in der

politischen Praxis – wie bei Millionen von anderen Deutschen damals auch, und trotzdem kritikwürdiger, weil sie als Männer des Wortes und der öffentlichen Wirkung genauer abzuwägen verpflichtet waren. Nach 1945: ein schmerzhafter, aber doch überzeugender Lernprozeß und eine Wirkung auf die Geschichtswissenschaft und das historische Bewußtsein, die man nur positiv nennen kann – so wie ich auch die lernbereite Auseinandersetzung der Bundesrepublik mit der Vergangenheit als respektvoll empfinde.

Dieses Vertrauen auf Lernbereitschaft wird mancher als aufklärerische Illusion belächeln. Aber da es sich doch auf unsere Erfahrungen stützt, erhält es uns die Hoffnung, daß wir, sofern wir nur diese Lernwilligkeit bewußt erhalten, selbst mit dem „Zivilisationsbruch“ seit 1933 in den Grenzen des für die Nachlebenden Menschenmöglichen umgehen und auch all jenen Zumutungen widerstehen könnten, die uns eine – letztlich einem nationalistischen Abwehrreflex entspringende – Zurückdrängung der öffentlichen Erinnerung und die Regression in das exotische Traumland der „Normalität“ anraten.